

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 21

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Schlaglichter

Madrid, Hauptstadt Argentinien?

Von Alphonse Max

In Argentinien hat Präsident Lanusse, seinerzeit Oberbefehlshaber der Armee, einen versuchten Militärputsch in kürzester Zeit sozusagen «friedlich beigelegt». Aber die Meuterer hatten vielleicht weniger ihm persönlich an den Kragen wollen. Sie suchten vielmehr einem vergreisten Emigranten die Luft abzuschneiden, die für ihn seltsamerweise wieder Morgenluft geworden ist. Denn die argentinische Hauptfrage ist die Öffnung zu Peron und Peronismus geworden.

Madrid, wo der 76jährige Ex-Diktator seine luxuriöse Exilresidenz bewohnt, ist Ziel des politischen Tourismus von Gewerkschaftern, Politikern und Guerilleros peronistischer Observanz.

Spanien-Ausflüge werden aus der Gewerkschaftskasse bezahlt

Peron versammelt sie alle unter seinen Fittichen, empfängt abwechselnd Vertreter der verschiedenen Strömungen und verhängt seinen Bann über Abtrünnige. Alle wollen seinen Segen, damit sie nach der Rückkehr ihre politischen Geschäftchen reibungslos vollziehen können.

Bezahlt wird dieser Tourismus hauptsächlich von den Gewerkschaften, die ja das Rückgrad des Peronismus sind und deren Kassen mit den Zwangsbeiträgen der Arbeiter und Unternehmer gefüllt werden. Allein im Jahr 1971 sind über 700 Peronisten nach Madrid gereist, was eine Devisenausgabe von mehr als 1,5 Millionen Dollar bedeutet, die der Fremdenverkehrsindustrie Spaniens a conto des argentinischen Steuerzahlers zugute kommt.

Prominentester Madrid-Reisender ist der Peron-Delegierte Jorge Daniel Paladino, der nach seiner Audienz bei General-Präsident Lanusse erklärte, dass der an Peron ausgelieferte Leichnam Evita Perons in Spanien bleiben werde, solange Peron dort lebt. Die CGT (der peronistische Gewerkschaftsdeckverband) hat somit das Nachsehen, wollte sie doch aus diesem Leichnam in Argentinien politisches Kapital schlagen. Die Rückgabe der Leiche von Perons zweiter Frau war ein Teil der langwierigen Verhandlungen zwischen der Regierung und Peron, die zur Erfüllung des sogenannten «grossen Abkommens» führen sollen. Die kompromisslose Einstellung von Staatschef Lanusse, der schon vor Monaten angekündigt hatte, dass er bereit sei, in den Fragen bezüglich der Verjährung der Prozesse gegen Peron, der Ausstellung eines Passes, der Auszahlung einer Rente als ehemaliger Präsident, der Rückerstattung des Generalranges usw. weiterzugehen, als allgemein angenommen wurde, wird dem argentinischen Präsidenten noch manches Kopfzerbrechen bereiten, da Peron bisher nicht die geringste Bereitschaft gezeigt hat, am «grossen nationalen Abkommen» mit nennenswerten Konzessionen mitzumachen.

Gleichzeitig feierten in Argentinien die Peronisten die Rückgabe des Eva-Peron-Leichnams und die Regierung den Sturz Perons. Nach einer Totenmesse, für die bei der Revolution des 16. September 1955 Gefallenen, der auch Präsident Lanusse beiwohnte, erklärte der Präsident der «Kommission zur Bewahrung der Befreiungsrevolution», Federico Toranzo Montero: «Wir sind verraten worden. Der Tyrann wurde rehabilitiert. Diejenigen, deren Zellentüren von der Befreiungsrevolution geöffnet wurden,

verschweigen dies jetzt, um mit ihrem früheren Kerkermeister zu verhandeln.» (Die Anspielung auf Lanusse, der während des Peron-Regimes vier Jahre lang in Haft war, ist offensichtlich).

Während in Uruguay und Argentinien Aktivisten, die sich selbst als Ideologen und Soziologen bezeichnen, straffrei einen baldigen Strukturwechsel mit Gewalt verkünden, sieht die Lage in den Ländern, wo dieser sogenannte «Strukturwechsel» durchgeführt wird, alles andere als rosig aus.

Wie man in Peru und Chile mit Linksopponenten und streikenden Arbeitern umgeht

In Peru streikten die Lehrer während mehr als zweier Wochen, und alle Drohungen der Regierung, die streikenden Lehrer zu entlassen, blieben vergeblich. Schliesslich verbannte die linke Militärregierung den Trotzkiten und früheren Guerrillaführer Hugo Blanco, den Vorsitzenden und weitere fünf Leiter der Lehrgewerkschaft des Landes; sie fanden in Panama Asyl.

Aehnlich reagierte der chilenische Präsident und Marxist Salvador Allende, als die Arbeiter der gerade verstaatlichten Gruben streikten: er

drohte damit, sie zu entlassen, wenn sie nicht sofort zur Arbeit zurückkehrten. Er erklärte, dass die Arbeiter, die eine von der Regierung angebotene 33prozentige Lohnerhöhung nicht annehmen wollten und 46 Prozent forderten, sich über die Jahrzehnte daran gewöhnt hätten, ihre Forderungen durch Streiks zu erlangen, und es noch nicht verstehen könnten, dass sie jetzt Mitinhaber der Minen seien und Streiks daher zu unterlassen hätten. Das pflegen die Arbeiter in solchen Ländern in der Tat erst später zu verstehen, wenn man nämlich erst einige Streikende wegen Sabotage am Volkseigentum exemplarisch bestraft hat.

Die Frage der Entschädigung: Eine «verleumderische Erfindung» wird wahr

Chile hat den Amerikanern für die nationalisierten Kupferbergwerke jegliche Entschädigung abgesprochen und fordert im Gegenteil noch Geld heraus. Man hatte derlei in amerikanischen Geschäftskreisen natürlich schon seit dem Amtsantritt Allendes vermutet, aber wer solche «verleumderischen Erfindungen» damals mit Entschädigung zurückwies, war niemand anders als Allende gewesen. Chile wolle sich doch nicht durch entschädigungslose Enteignung ausländischer Gesellschaften unrechtmässig bereichern, sagte er noch vor wenigen Monaten; man werde alles bezahlen, was man nehme. Wie viele «verleumderische Erfindungen» wird das Regime sonst noch wahr machen?

Wahrscheinlich einige, wenn nicht alle. Bereits hat in Santiago die parlamentarische Opposition, die es bis auf Abruf noch gibt, auf die zunehmende Knebelung der Presse und der freien Meinungsäusserung hingewiesen. So geht das «neue» Modell des chilenischen Sozialismus marxistischer Berufung doch recht zuverlässig den alten Weg. ■

Zusammenhänge

Als die Briten 105 Leute der sowjetischen Vertretung in London wegen Spionage heimschickten, reagierte die Weltöffentlichkeit, die britische eingeschlossen, mit verärgerten Fragen. Was fiel den Tories eigentlich ein, mit einem so unfreundlichen Vorgehen die Entspannung zu stören? Wollten sie die europäische Sicherheitskonferenz sabotieren, dass sie ausgerechnet diesen Zeitpunkt wählten?

Wäre der Hinauswurf früher erfolgt, so wäre er eine störende Begleiterscheinung zu den Berliner Abkommen gewesen, wäre er später erfolgt, so wäre er noch näher an die Vorbereitungen zur Sicherheitskonferenz herangekommen. Es gibt eben keinen richtigen Zeitpunkt, die Sowjets so unfein zu provozieren, dass man zum Beispiel ihre Spione heimschickt, und das war vermutlich auch die Meinung besagter Oeffentlichkeit.

Zum Glück gibt es in Europa noch andere Regierungen, die so etwas nie tun würden. Auch wenn man ihnen die Unterlagen zuhalten sollte. Ja, was bewog denn auch die Briten, die betreffenden Sowjets auszuweisen? Die Tatsache etwa, dass sie Spione waren? Aber bitte, wenn das zum Kriterium würde, wo käme man auch hin mit den Vertretungen unserer Partner aus dem Osten?

Diese Argumentation hätte übrigens sogar etwas für sich. Wenn man die diplomatischen Vertretungen aus diesen Staaten bei sich hat, muss man mit Spionen leben. Die britische Regierung hat mit ihrer Reaktion diese Tatsache sichtbar gemacht. Man sollte meinen, dass ihr das als Verdienst ausgelegt würde, in einer Welt, die das Sichtbarmachen so sehr zu ihrer Forderung erhoben hat. Aber das hat natürlich seine Grenzen. Und die befinden sich dort, wo es um das Sichtbarmachen der sowjetischen Wirklichkeit ginge.

Unsichtbar geblieben ist bei alledem die Frage der Chancengleichheit diplomatischer Vertretungen. Die schweizerischen Diplomaten in Moskau haben zum Beispiel keine Freizügigkeit in der UdSSR, wohl aber die sowjetischen Diplomaten in der Schweiz. Der schweizerischen Vertretung in Moskau ist sowjetisches Personal vorgeschrieben; die sowjetische Vertretung bei uns verbittet sich schweizerisches Personal. Weil wir den Sowjets zum Beispiel das Spionieren in der Schweiz leicht machen, erleichtern wir es dafür unsern eigenen Diplomaten, sich in Moskau von den Sowjets ausspionieren zu lassen.

Man fordert auch von unserer Regierung vermehrte Initiative Richtung Osten. Wie wäre es für den Anfang mit einem Vorstoss zur Abschaffung dieses skandalösen Verzeichnisses auf Gegenrecht?

Christian Brügger